Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 7

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

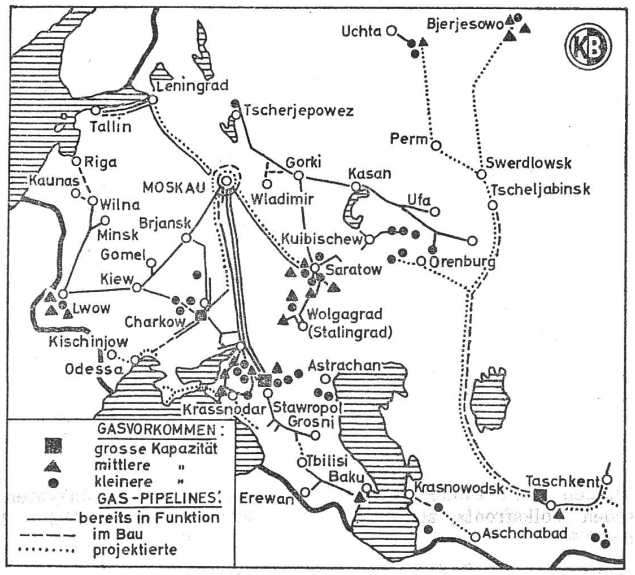
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

erlebte schwere innere Krisen, häufiger als die übrigen KPs: der «nationale Flügel» der Partei (unter dem Innenminister Rajk) versuchte, das Land von der Sowjetunion zu entfernen. Er und seine Anhänger wurden 1948 verhaftet, 1949 physisch vernichtet. 1953, nach dem Krach des 1. Fünfjahresplanes (1951 bis 1955) kam die zweite Krise: Imre Nagy kam an die Spitze der Regierung. Die dritte Krise wurde im März 1955 durch Ràkosi hervorgerufen, der Nagy stürzte und ihn in Hausarrest setzte. Die vierte Krise begann im Mai 1956 und führte am 23. Oktober zur Volkserhebung. Am 30. Oktober 1956 wurde die Partei aufgelöst und unter dem Namen «Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei» erneut errichtet.

Wirtschaft

UdSSR

Das Erdgasnetz in verstärktem Ausbau



Während die «sowjetische Erdöloffensive» als Begriff und politische Realität Weltbedeutung erlangt hat, ist die gerade in der UdSSR hochwichtige Energiequelle Erdgas relativ unbekannt. Das hat seinen Grund darin, dass dieser Roh- und Brennstoff von zweitklassiger Qualität (im Verhältnis zum Oel) vornehmlich binnenwirtschaftliche Bedeutung hat, wogegen das sowjetische Erdöl nicht nur den gesamten Comecon-Raum beherrscht, sondern auch eine Hauptrolle im Wirtschaftsdruck auf den freien Märkten spielt. Immerhin ist auch in dieser Beziehung die Wichtigkeit des Erdgases nicht zu unterschätzen:

Je stärker sich die einheimische Energieversorgung auf Erdgas (und Elektrizität) stützen kann, desto mehr Oel kann dem machtpolitisch bedingten Export zugewiesen werden.

Freilich wäre es verfehlt, im Erdgas nur einen Ersatz zu sehen, der den Erdöl- oder Elektrizitätshaushalt entlasten müsste. Vielmehr hat es wirtschaftlich unbestrittene Vorteile. Einmal ist es das billigste Heizmaterial, das vielen industriellen Ansprüchen genügen kann, obwohl es nicht allzu hochwertig ist. Sodann ist es aber auch wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie und dient als Grundlage zur Erzeugung von synthetischen Stoffen aller Art, zur Herstellung von Spiritus, Azetylen und andern chemischen Grundstoffen. Es ist deshalb auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht verwunderlich, dass die sowjetische Planung diesem Wirtschaftszweig eine ähnliche Vorrangstellung einräumt wie der Elektrifizierung oder der Erdölgewinnung. Laut dem perspektivischen Zwanzigjahresplan, der letzten Herbst vom Parteikongress angenommen wurde, soll die Erdgasförderung bis 1980 auf das Fünfzehnfache erhöht werden. In dieser Zeitspanne würden 870 Erdgasvorkommen neu ausgebeutet.

Hand in Hand damit ist der Ausbau der Erdgasleitungen vorgesehen, über den unsere Karte Auskunft gibt. Die 23 000 km Gesamtlänge der bestehenden Erdgas-Pipelines in der UdSSR stellen demnach nur den ersten Teil des zukünftigen Netzes dar.

Für dieses Jahr 1962 gilt die besondere Anstrengung der Leitung, welche von Buchara (südwestlich von Taschkent in Usbekistan) bis Tscheljabinsk (Ural) führt. Man rechnet innerhalb Jahresfrist mit einer Transportkapazität von mehr als einer Milliarde Kubikmetern.

Wie weit die Teilpläne und der Perspektivplan als solcher erfüllt werden können, wird, wie beim Erdöl, zum Teil davon abhängen, ob das benötigte Rohmaterial beschafft werden kann. Die sowjetische Produktion ist auf diesem Gebiet im Rückstand, so dass westliche Lieferungen die Lücke stopfen müssen.

Bis 1965 (Ende des Siebenjahresplanes) will die Sowjetunion ihre Kapazität in der Erdölförderung von 150 auf 240 Millionen Tonnen steigern. Um der Verstimmung in den Staaten des Vordern Orients entgegenzuwirken, versichert allerdings die Moskauer Wirtschaftszeitschrift «Ekonomitscheskaja Gasjeta» (22. Januar), der grösste Teil werde in der Sowjetunion selbst verbraucht werden. In den letzten Jahren hat die UdSSR (wie auch die CSSR und Rumänien) in den Entwicklungsländern grosse Erdölraffinerien gebaut, in denen nur das sowjetische Erdöl mit seinem grösseren Schwefelgehalt raffiniert werden kann. Einige Werke dieser «selbstlosen Hilfe» liegen gerade in den arabischen Ländern.

Die Abhängigkeit der einmal auf sowjetisches Rohöl eingerichteten Länder auf den weiteren Rohstoffnachschub ist offensichtlich.

Literatur

Rumänien

Nicht genehmigt

Dem Verlangen des rumänischen Volkes nach besserer und freierer Literatur (siehe KB Nr. 5, «Arbeiter wollen mehr Klassik») wird nicht stattgegeben. Parteichef Gheorghiu-Dej (siehe Curriculum) blieb unmissverständlich bei der stalinistischen Forderung des «sozialistischen Realismus und wies alle andern Ansprüche zurück.

Seine Stellungnahme erfolgte auf dem Jahreskongress der rumänischen Schriftsteller in Bukarest, der so sorgfältig durch Volksbefragungen vorbereitet worden war. Man hat von ihren Ergebnissen Kenntnis genommen, um sie zu korrigieren.

Der KP-Sekretär wandte sich gegen «unkonstruktive und negative Positionen, die der Entwicklung der rumänischen Literatur nicht förderlich» seien und rief zum Kampf gegen «dekadente» Arbeiten auf. «Unsere Literaturkritik sowie die Veröffentlichung des Schriftstellerverbandes müssen gegen jede Abkehr von der Wirklichkeit, vom pulsierenden täglichen Leben und gegen die sterilen Versuche, eine neue Literatur mit untergeordneten Themen, nur einem begrenzten Kreis von Kennern zugänglich, kämpfen», forderte er.

«Der Kampf muss sich auch gegen den Einfluss der dekadenten Literatur und Lyrik wenden, gegen das sich Verstecken in nebulosen Vorstellungen oder in vergangenen Zeiten, das oft in Gedichten zum Ausdruck gebracht wird.»

Nach dieser Verurteilung westlicher Neigungen und Tendenzen führte Gheorghiu-Dej aus, was er von den Schriftstellern bei der Entwicklung des «sozialistischen Bewusstseins», der Schaffung eines «neuen Menschen» und der Verbreitung der «sozialistischen Moral» erwarte.

Der Parteichef wies auf die Bedeutung der «Prinzipien des sozialistischen Realismus» hin und sagte, das Kriterium des Werts jeder schriftstellerischen Arbeit müsse sein Inhalt und seine Klarheit sein. Die Kunst habe militant zu sein.

Nach diesen neo-stalinistischen Ausführungen, beinhaltete die Antwort des Ersten Sekretärs des Schriftstellerverbandes, Mihai Beniuc, natürlich die Verehrung des Individuums. Er sagte, er habe nicht einmal im Traum mit der Möglichkeit gerechnet, Gheorghiu-Dej könnte persönlich auf dieser Konferenz erscheinen, um der Versammlung im Namen der Partei weise Ratschläge «zur Erleuchtung des Weges unserer Arbeit» zu erteilen.

Er erklärte: «Unserer Dankbarkeit der Partei und Gheorghiu-Dej gegenüber können wir nur in unseren Büchern Ausdruck verleihen.»

Weniger angenehme Dinge hatte er über einige Mitglieder des Schriftstellerverbandes zu sagen. So kritisierte er besonders die unpolitischen Tendenzen und den Mangel an ausreichender Unterstützung der Parteiprinzipien.

Zwei bekannte Schriftsteller, Zaharia Stancu und Aurel Baranga, seine Stellvertreter im Sekretariat des Schriftstellerverbandes, griff er besonders an. Beide gingen auf der Konferenz ihrer Aemter verlustig und schieden auch aus dem Exekutivbüro des Schriftstellerverbandes aus,

ebenso wie ein anderer Schriftsteller, Istvan Nagy.

Beniuc selber — von dem bekannt ist, dass er vom Agitations- und Propagandachef der Partei, Leonte Rautu, protegiert wird — wurde Präsident des Schriftstellerverbandes und die Position eines Ersten Sekretärs wurde abgeschafft.

Der straffe Kurs der Partei dürfte Reaktion auf schriftstellerische Wünsche nach grösserer Freiheit sein, wie sie nach der Entstalinisierung sofort auch in der Sowjetunion auftauchten. Auch dort hat man sich jetzt nach anfänglichem Zögern energisch Kritiken verbeten, die mit Stalin zugleich indirekt auch dem System galten. Eine in der Beziehung typische Aeusserung war kürzlich in der «Prawda Ukrainy» zu lesen:

«Man erinnert sich zweifellos an den enormen moralischen und seelischen Aufschwung, der in unserem Volk durch die energische und offene Kritik des ZKs der KPdSU am Persönlichkeitskult Stalins ausgelöst wurde. Zur gleichen Zeit aber fanden sich auch einzelne Leute, die sich damit vergnügten, ‚auf den reinen Boden zu spucken'. Wie Papageien fingen sie an, vieles von dem, was uns teuer ist, zu kritisieren und einen Schatten auf die grossartigen Errungenschaften der früheren Jahre zu werfen. Und dabei taten sie gross und waren von ihren Taten voll begeistert: ‚Seht nur, wie mutig wir sind!'...»

Ungarn

Die Wirtschaft

Ungarn, einst ein klassisches Agrarland, hat sowohl durch die landwirtschaftlichen Rückschläge als auch durch die industrielle Entwicklung grössere Produktionsverschiebungen erfahren, wenn auch die Landwirtschaft nach wie vor eine Dominante darstellt.

Investitionen (Jahr 1960): Industrie 40,8 Prozent, Bauindustrie 2,4 Prozent, Landwirtschaft 20,8 Prozent, Transport 12,4 Prozent, Handel 3,6 Prozent, Wohnungsbau 8,8 Prozent, kommunale Angelegenheiten und Verwaltung 11,2 Prozent. In der Industrie verteilen sich die Investitionen wie folgt: Schwerindustrie 83,3 Prozent, Leichtindustrie 10,3 Prozent, Lebensmittel-, Getränke- und Tabakindustrie 6,4 Prozent. Zusammen mit den Rückständen der Vorjahre gab es zu Jahresende Investitionen im Werte von 23,8 Milliarden Forint, die planwidrig nicht beendet worden sind.

Industrieproduktion (1961): Die Produktion war um 12 Prozent höher als 1960. Zuwachs bei den einzelnen Sparten: Schwerindustrie 13 Prozent, Leichtindustrie 9 Prozent, Lebensmittelindustrie 11 Prozent, Maschinenindustrie 15 Prozent, chemische Industrie 20 Prozent, pharmazeutische Industrie 150 Prozent. Der Gesamtplan der Industrie wurde um 3,5 Prozent übererfüllt. Bei diesen Prozenten handelt es sich — aus Prämiengründen — vor allem um den mengenmässigen Zuwachs der Produktion, wobei auch viele Produkte erzeugt werden, die keinen Absatz finden.

Steinkohle: Produktion (1961) = 28,2 Millionen Tonnen. Wichtigere Kohlenreviere = Tatabánya, Komló, Dorog, Oroszlány, Pécs, Várpalota, Salgótarján. Die Kohlenvorkommen sind nicht von besonderer Qualität, so dass die Kokskohle aus Polen und der CSSR importiert werden muss. Im Jahre 1960 machten Kohlenimporte 1,4 Millionen Tonnen aus.

Bauxit: Produktion (1961) = 1,4 Millionen Tonnen, wovon ungefähr 33 Prozent in die Sowjetzone und die CSSR exportiert werden. Die *Aluminiumproduktion* beträgt nur 51 100 Tonnen und soll erst in den kommenden Jahren ausgebaut werden. Die Bauxitvorkommen befinden sich in Westungarn. Aluminiumhütten befinden sich nur in Tatabánya und Várpalota.

Uran: In der Umgebung von Pécs in dem Mecsek-Gebirge, bei den Ortschaften Kövágószöllös, Tótvár und Bakonya, befinden sich relativ gute Vorkommen, die eine Tagesförderung von ungefähr 300 bis 350 Tonnen ermöglichen.

Es soll zwei Sorten von Uranerz geben, eine reichhaltigere und eine schwächere. Die ganze Uranförderung steht unter sowjetischer Kontrolle und wird von sowjetischen Experten geleitet. Deshalb wird die Angelegenheit als Staatsgeheimnis gehandhabt. Alles Erz wird in die UdSSR exportiert, was aber in den Exportstatistiken nicht zum Vorschein tritt.

Im allgemeinen ist Ungarn ein rohstoffarmes Land, dessen Bedarf fast ausschliesslich aus der Sowjetunion gedeckt wird. Die sowjetische Beteiligung an den ungarischen Rohstoffimporten: Rohöl 100 Prozent, Rohphosphate 100 Prozent, Eisenerz 94,8 Prozent, Baumwolle 64,6 Prozent, Grubenholz 87,7 Prozent.

Rohöl: die eigene Produktion (1960) von 1,2 Millionen Tonnen kann nur einen Teil des Bedarfes decken, so dass 1,5 Millionen Tonnen aus der UdSSR importiert worden sind. Im Jahre 1961 erhöhte sich die Eigenproduktion auf 1,5 Millionen Tonnen. Die wichtigsten Quellen befinden sich im südwestlichen Teil des Landes in der Nähe der jugoslawischen Grenze (Lispe). In den letzten Jahren ergaben die Schürfungen auch in der ungarischen Tiefebene bemerkenswerte Erfolge, so dass man auf grössere Vorkommen schliessen kann.

Industrie: Als Schwerpunktprogramm wird vor allem die *Schwerindustrie* ausgebaut,

Die Ungarische Volksrepublik

Regierungsform: Das Parlament besteht aus einer Kammer, der Nationalversammlung. Ihr «Präsidialrat» dient als kollektives Staatsoberhaupt. Der Vorsitzende übt die Funktion eines Präsidenten aus.

Wahl der Abgeordneten auf vier Jahre. Wahlen nach Einheitsliste der «Ungarischen Volksfront», zusammengestellt von der KP.

Ministerpräsident Janos Kadar übt als Erster Parteisekretär auch die tatsächliche Macht aus.

Die KP trägt seit 1956 den Namen «Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei». Ihr Führungsanspruch im Staat ist verfassungsmässig verankert. Die Ungarische Volksfront umfasst neben den Restgruppen der ehemaligen politischen Parteien (siehe Untersuchung) auch die Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Massenorganisationen. Deren Kontrolle durch die KP ist statutarisch festgelegt.

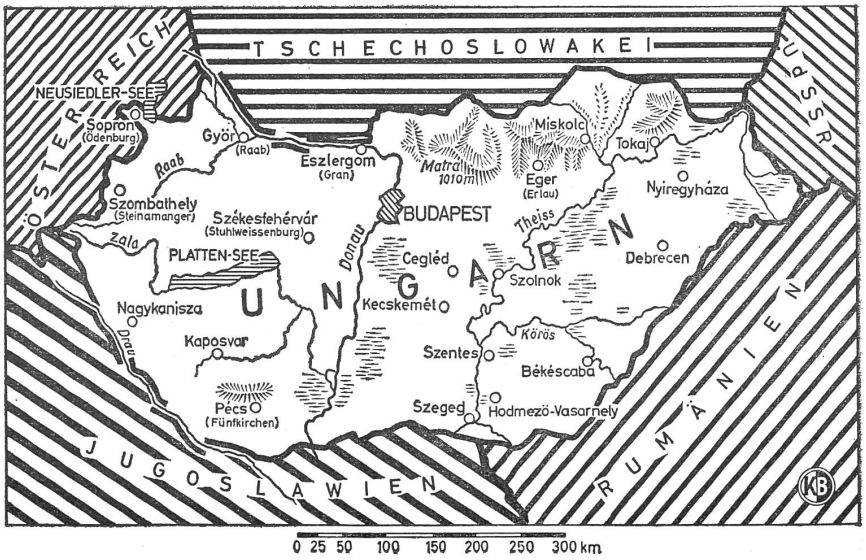
Fläche: 93 030 Quadratkilometer. Der westliche Teil (Transdanubien) ist Hügelland, im Norden gibt es kleinere Berge (Matra), während der Osten und der Südosten des Landes aus der Ungarischen Tiefebene besteht. (Gebiete mit Sumpfboden sind auf unserer Karte gestrichelt angeführt).

Einwohner: Zehn Millionen. Die Bevölkerung besteht fast ausschliesslich aus Ungaren = Magyaren (Ungarn ist ein Nationalstaat). Kleine Minderheiten umfassen Deutsche, Jugoslawen, Slowaken und Rumänen.

Religion: Rund zwei Drittel waren römisch-katholisch, der Rest vorwiegend calvinistisch. (Ueber Kirche-Staat siehe Seite 3.)

Erziehung: Achtjähriger obligatorischer Grundschulunterricht. Alle öffentlichen Schulen verstaatlicht. Sechs Universitäten, einschliesslich der technischen Hochschule in Budapest.

Armee: Mindestens 65 000 Mann reguläre Truppen, dazu reguläre und paramilitärische Polizeitruppen und paramilitärische Organisationen. Der sowjetische Truppenbestand im Lande ist im letzten Herbst wiederum stark erhöht worden (laut inoffiziellen Angaben verdreifacht).



als deren Zentrum das grosse Hüttenkombinat in Dunaváros (vor kurzem noch Stalinváros) vorgesehen ist. Der Rohstoffbedarf wird aus dem Donez-Becken per Schiff importiert (insgesamt 1,9 Mill. Tonnen, davon 1,7 Mill. Tonnen aus der UdSSR). Ferner muss für die Verhüttung die Kohle (1,4 Millionen Tonnen) und der Koks (1 Million Tonnen) aus der UdSSR, Polen und der CSSR importiert werden. Die inländische Produktion von Eisenerz beträgt 500 000 Tonnen. In 1961 betrug die Stahlproduktion 2,1 Millionen Tonnen, was den Eigenbedarf nicht deckt, so dass 230 000 Tonnen Walzstahl importiert wurden (zu 75 Prozent aus Westeuropa). Weitere Hüttenwerke befinden sich noch in Ozd, Salgótarján und Csepel.

Die Elektroindustrie erzeugte (1960) 98 170 Stück synchronisierte Wechselstrommotore, 500 Röntgenapparate für ärztliche und industrielle Zwecke, 144 311 Waschmaschinen, 8775 Kühlschränke, 23 009 Staubsauger usw.

Meldetechnische Industrie: Einer der bedeutendsten Industriezweige. Wichtigste Fabriken sind: «Egyesült Izzó Villamossági Gyár», «Orion Rádió és Villamossági Vállalat», «Beloiannisz Hiradàastechnikai Gyár» (alle in Budapest). Produkte (1960): Fernsehapparate 139 333 Stück (1961 = 178 121 Stück), Radioapparate 212 394 Stück. Laut den COMECON-Beschlüssen soll Ungarn die Erzeugung von Radioempfängern an Bulgarien abgeben.

Maschinenindustrie: Konzentriert sich vor allem auf die Erzeugung von Werkzeugmaschinen und Apparaten, insbesondere Spitzendrehbänke, Bohrmaschinen, Fräsmaschinen, Schleifmaschinen, Radtraktoren, Raupentraktoren, LKWs.

Pharmazeutische Industrie: Dieser Industriezweig wird stark ausgebaut. Bereits bestehen 7 Fabriken für pharmazeutische Produkte, die u. a. (1960) 246 000 kg Salizilsäure, 137 000 kg PAS, 170 000 kg Sulfaguanidin, 22 000 kg Papaverin hcl, 100 000 Kilogramm Superseptil, 2200 kg Streptomicin, 14 Milliarden Einheiten Penicillin, ferner verschiedene Vitamine und andere Produkte erzeugen.

Landwirtschaft: Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt 9,6 Millionen Joch (1 Joch = 0,57 ha), wovon 8,5 Millionen Joch (93,2 Prozent) bereits kollektiviert sind. Produktion (1960) = Weizen 1,77 Millionen Tonnen, Roggen 354 000 Tonnen, Gerste 985 000 Tonnen, Mais 3,5 Millionen Tonnen, Zuckerrüben 3,4 Millionen Tonnen, Sonnenblumenkerne 68 000 Tonnen, Kartoffeln 2,7 Millionen Tonnen, Tomaten 201 000 Tonnen, Reis 44 800 Tonnen, Weintrauben 42 000 Tonnen, Wein 3 Millionen Hektoliter.

Viehbestand (1961): Hornvieh 1,96 Millionen Stück (1958 = 2 Millionen Stück), Schweine 5,92 Millionen Stück (1958 = 6,2 Millionen Stück), Pferde 463 000 Stück (1958 = 724 000 Stück), Schafe 2,64 Millionen Stück (1958 = 2 Millionen Stück).

Lebensmittelproduktion: Mehl 1,34 Millionen Tonnen, Fleisch (mit Knochen) 176 000 Tonnen, Kochfett 45 400 Tonnen, Speck 57 000 Tonnen.

Für das Versagen der kollektivierten Landwirtschaft ist bezeichnend, dass Ungarn nun selber jene Produkte einführen muss, die es früher exportiert hat. *Lebensmittelimporte* (1960): Mehl und Grütze 33 000 Tonnen, Zucker 28 000 Tonnen, Speisefett 11 000 Tonnen, Fleisch 25 000 Tonnen, Weizen 270 000 Tonnen, Mais 41 000 Tonnen, Gerste 1000 Tonnen.

Planwirtschaft: Dreijahresplan 1948/1950, Fünfjahresplan 1951/1956, wegen der Volkserhebung kein Plan, Dreijahresplan 1958/1960, Fünfjahresplan 1961/1965. Im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) werden Perspektivpläne bis 1980 ausgearbeitet.

Aussenhandel: Staatliches Monopol, untersteht dem Ministerium für Aussenhandel.

Import: Gesamtimport 11,5 Milliarden Forint, davon COMECON-Staaten 7,3 Milliarden Forint (63,9 Prozent), Restliche kommunistische Staaten (mit Jugoslawien) 748 Millionen Forint (6,5 Prozent), kapitalistische Staaten 3,39 Milliarden Forint (29,6 Prozent).

Export (1960): Gesamtexport 10,3 Milliarden Forint, davon COMECON-Staaten 6,3 Milliarden Forint (61,4 Prozent). Restliche kommunistische Staaten 1,0 Milliarden Forint (9,9 Prozent), kapitalistische Staaten 2,9 Milliarden Forint (28,6 Prozent).

Soziales

Jugoslawien

Neue Sorgen ...

Wie kann man begabte Handwerker daran hindern, gemäss ihrer Begabung zu arbeiten?

Das Problem stellt sich überall im planwirtschaftlichen Herrschaftsraum, weil der «sozialistische Sektor» desinteressiert und umständlich ist, während die private Arbeit direkt vonstatten geht und Profit bringt. Vielschichtig ist das Problem gegenwärtig auch in Jugoslawien. Die Jugendzeitschrift «Mladost» widmet sich in ihre Ausgabe vom 31. Januar dieser Frage unter dem Titel «Wie man Millionär wird», Thema ist die Lage im jugoslawischen Handwerk und Gewerbe. Bedauernd wird festgestellt, dass private Handwerker jährlich auf einen Umsatz bis zu 100 Millionen Dinar kommen können. Wo bleibt da die sozialistische Wirtschaftsordnung? Im Rückstand, denn «die Kapazität von sozialistischem Handwerk und Gewerbe ist ungenügend».

Gesetzlich hat in Jugoslawien ein Handwerker höchstens auf die Anstellung von fünf Arbeitskräften Anrecht. 82 Prozent der Handwerker beschäftigen offiziell überhaupt keinen Arbeiter. Praktisch aber kann ein Meister, der einen Auftrag erhalten hat, ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit Leute aus dem «sozialistischen Sektor» zu Schwarzarbeit einstellen. «Der so verwirklichte Gewinn», bemerkt «Mladost», «ist für die Kontrolle unauffindbar.»

Die Belgrader Wochenschrift bringt einige konkrete Beispiele, wie man die Aufträge ausführt. Ein Patissier hatte beispielsweise eine Glocke anbringen lassen, um den Arbeitern ein Zeichen zu geben, wenn jemand mit Kontrollbefugnis den Laden betrat. bei einem Bäcker entdeckte das Kontrollorgan nach vorerst ergebnislosen Besuchen auf dem Estrich eine Equipe von zwölf Mann.

Schwerwiegender aber ist es, dass sich auch Firmen des «sozialistischen Sektors» privater Handwerker bedienen. Private Kräfte werden etwa zum Schein vom Betrieb angestellt, aber in Wirklichkeit von ihrem selbständigen Arbeitgeber bezahlt, der seinerseits die Löhne — oder auch etwas mehr — engros kassiert.

Das Private trägt also nicht nur gegen, sondern selbst innerhalb der «sozialistischen» Ordnung den Sieg davon. Das gilt im Ostblock sehr oft bei Dienstleistungen aller Art, besonders aber bei Reparaturen.

... der neuen Klasse

«Niemand will Dienstmädchen sein.» Das ist die Ueberschrift eines Beitrags über die Frauenarbeit im Belgrader Regierungsorgan «Borba». Dabei seien Haushaltgehilfinnen und Dienstboten gesucht. Demnach ist die jetzige kommunistische Oberschicht, die neue Klasse, der kapitalistischen Lebensweise gar nicht abgeneigt. Nur die werktätigen Frauen scheinen ihre Rolle in der «Diktatur des Proletariats» noch nicht begriffen zu haben.

In Belgrad gibt es recht viele arbeitslose Frauen (6000 im Jahresdurchschnitt), weil «die Betriebe trotz Personalmangels wenig weibliche Arbeitskräfte einstellen wollen». Man suchte dem Uebel zuerst mit Haushaltungskursen beizukommen, aber das Projekt musste fallen gelassen werden, weil ganze sechs Anmeldungen vorlagen. Es genügt den Arbeiterinnen, indirekt Diestboten der neuen Klasse zu sein.

Militär

SBZ

Defensive Dialektik

Mit einem unerwarteten Argument gegen die Einführung der Wehrpflicht in der Sowjetzone müssen sich Funktionäre der SED auseinandersetzen. Zahlreiche ehemalige Wehrmachtsangehörige, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft waren, berufen sich auf eine Verpflichtung, nie wieder eine Waffe zu tragen, die sie vor ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft auf Verlangen der Sowjets haben unterschreiben müssen, und erklären, unter diesen Bedingungen keinen Reservedienst leisten zu können.

Die Sowjetunion, so treten die Parteifunktionäre der Frage, ob das Wehrpflichtgesetz von der vor Entlassung aus der Gefangenschaft abgegebenen Verpflichtung tatsächlich entbinde, entgegen, habe «verständlicherweise durch diese Verpflichtungen die Möglichkeit eines neuen Ueberfalls auf die Sowjetunion durch deutsche Truppen einzuschränken versucht».

Der Charakter der militärischen Massnahmen des «Arbeiter- und Bauern-Staates» entspreche dem Sinn des in der Kriegsgefangenschaft abgegebenen Versprechen. «Wenn unser Wehrpflichtgesetz die betreffenden Männer jetzt davon entbindet, bedeutet das keine Inkonsequenz.»

Jetzt werden die ersten der Wehrpflicht unterliegenden männlichen Jugendlichen der Sowjetzone zum Dienst in der «Nationalen Volksarmee» gemustert. Erfasst werden auf Grund eines Befehls des Sowjetzonen-Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Karl Heinz Hoffmann (SED), die Jahrgänge 1940 bis 1943.

Nach den Angaben des «Statistischen Jahrbuches» der Sowjetzone 1960/61 waren am Jahresende 1960 insgesamt rund 524 000 männliche Jugendliche dieser vier Jahrgänge registriert, die nunmehr von der Musterung erfasst werden. Sie dauert bis zum 5. März.

BRIEFE

Die weisse Weste

Mit Ihren Stellungnahmen zum Osthandel und zu den Ostkontakten im Sport kann ich mich keinesfalls einverstanden erklären. Es ist mir unverständlich, dass Sie sich auf einen solchen Standpunkt stellen können. Bezüglich des Osthandels kann man ja wirklich verschiedener Meinung sein; was aber die Sportkontakte anbelangt, gibt es doch wahrhaftig nur eines: Finger weg! Ich hätte nie erwartet, dass auch Sie zu den Naivlingen zählen, die glauben, die Schweiz könne quasi eine Sendung erfüllen, wenn sie ihre Sportler mit den Vertretern der roten Verbrecherstaaten wetteifern lassen. Was ist wichtiger, ob die Schweiz überall «dabei» sei, oder ob sie wenigstens auf diesem Gebiet noch eine annähernd weisse Weste trägt? Insbesondere scheint es mir einfach lächerlich, dass immer und immer wieder die Entwicklungsländer dafür herhalten müssen, einen faden Entschuldigungsgrund zu liefern.

Aus diesen Gründen verzichte ich darauf, Ihre Zeitschrift weiter zu beziehen.

F. H. in Zug

Es geht gewiss nicht um das «dabei» sein, sondern um die Beteiligung an einem Kampf, der uns aufgezwungen wird. Wenn wir die weisse Farbe unserer Weste verlieren sollten, so nicht anders als der Soldat, der im Schützengraben das Land verteidigt. Sa.

Uhrenindustrie

Sowjetunion

«Die Schweiz wundert sich»

Die sowjetische Uhrenproduktion, mit schweizerischen Maschinen zu ihrer jetzigen Stärke ausgebaut, sagt uns triumphierend den Konkurrenzkampf an.

«Wohl verbeugt sich heutzutage die halbe Welt vor den schweizerischen Uhrenfirmen», schreibt in der «Iswestija» vom 1. Februar I. Ziganow in einem langen Artikel voll Siegesbewusstsein, «aber wie lange noch? Halten die Schweizer Uhrenkönige wirklich derart sicher die Schlüssel zum Weltmarkt in den Händen?»

Die Frage ist rhetorisch und selbstverständlich in dem Sinne zu beantworten, dass die sowjetische Uhrenindustrie preismässig auf jeden Fall und sogar qualitätsmässig in der Lage sei, die schweizerische Vorrangstellung auf diesem Gebiet zu erschüttern.

Aehnliche Berichte erschienen in letzter Zeit auch in andern sowjetischen Zeitungen, so etwa in der «Sowjetskaja Torgowlja». Der Tenor ist so, wie er in den Untertiteln des «Iswestija»Berichtes erscheint: «Moskauer Zeit — die genaueste Zeit. Die Schweiz wundert sich.»

Im Gästebuch der Moskauer Ersten Uhrenfabrik ist folgende Eintragung zu finden: «1946 hatte ich das Vergnügen, diese Fabrik zu besuchen. Ich freue mich heute den Besuch wiederholen zu dürfen. Ich muss gestehen, dass ich die Fabrik nicht wieder erkannt habe, so gross ist der seit meinem ersten Besuch erzielte erstaunliche Fortschritt. Hauser.» Und «Iswestija» bemerkt dazu: «Das ist der gleiche Hauser, dem die grosse Firma gehört, die Ausbohrmaschinen herstellt. So schreiben schweizerische Fachleute, welche unsere Fabrik besucht und mit den Arbeitern gesprochen haben.» Gewiss, die sowjetische Uhrenindustrie hat allen Grund, von den Uhrenstanzmaschinen und andern Einrichtungen aus der Schweiz begeistert zu sein, welche zu ihrer Konkurrenzfähigkeit beigetragen haben.

Allerdings schreibt die Sowjetpresse darüber nicht, sondern schwelgt jetzt schon in der Hoffnung, dass wir zum Schaden auch noch den Spott, oder zum mindesten den Prestigeverlust haben würden. Dreieinhalb Jahrhunderte sind eine ansehnliche Zeit, um die Meisterschaft (in der Schweiz) auf Hochglanz zu polieren. «Dreieinhalb Jahrhunderte lebten die Uhrenmacher des kleinen Landes ruhig in der Gewissheit, dass ihnen niemand den Ruhm streitig machen könne. So war es denn auch — bis vor einigen Jahren.» Dann sei die Sowjetunion («der begabte Konstrukteur, der Ingenieur») auf den Plan getreten und habe innert kürzester Frist den Rückstand wettgemacht. Was die Sowjetunion an Rückstand wettgemacht hat, hat sie nicht ohne Hilfe wettgemacht.

Laut sowjetischen Berichten gibt es in der UdSSR mehr als 400 verschiedene Uhrenarten. Sie stehe in der Weltproduktion an dritter Stelle und komme in der Erzeugung von Armbanduhren bereits an zweiter Stelle hinter der Schweiz. Es würden alle Arten von staub- und wasserdichten, stosssicheren Uhren in die Welt exportiert. Das Entwicklungstempo der sowjetischen Uhrenindustrie habe jenes der Schweiz, Frankreichs und der USA überholt.

Nun sind allzu hochgemute sowjetische Triumphe zum mindesten noch verfrüht. Die sowjetische Uhr hat, trotz aller Versicherungen, noch nicht die Qualität der Schweizer Uhr. Immerhin beginnt sie konkurrenzfähig zu werden. Vorerst wohl noch vor allem auf Märkten (Entwicklungsgebiete), wo die niedere Preislage mehr zählt als ein Spitzenprodukt. Auch sind von der sowjetischen Gesamterzeugung noch grosse Kontingente schlechter Qualität. Diese Produkte dienen der Inlandversorgung. Was aber die Exportmarken anbetrifft, so werden sie auf jede erdenkliche Weise gefördert und sind für die kommende Entwicklung zu beachten. Falls die sowjetischen Uhren den unsern an Qualität überlegen werden sollten, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Sowjetindustrie uns ihre besten Maschinen zum Aufholen liefern wird.

Im sowjetischen wissenschaftlichen Forschungsinstitut für physikalisch-technische und radiotechnische Messungen wurde «die erste astronomische Uhr ‚ACF-3'» konstruiert. Sie ist als Instrument und Zeitmesser für Laboratorien und Observatorien bestimmt und differiert innert 24 Stunden nur um 0,002 bis 0,003 Sekunden. In Tiblisi sei es gelungen, eine Elektronentischuhr zu konstruieren, deren Radmechanismus durch einen kleinen Quarzkristall, Widerstände und Halbleiter ersetzt wurde. Die neue Uhr wird unter dem Namen «Quarz» in Produktion gehen. Sie übertreffe die üblichen Chronometer deutlich an Genauigkeit.

Zu den «neuesten Errungenschaften» der sowjetischen Uhrenindustrie gehören allerdings auch Wecker mit eingebauten Musikdosen.

Curriculum der Woche

GHEORGHE GHEORGHIU-DEJ

Erster rumänischer Parteisekretär. Seit Kriegsende an der Macht, die er durch grosse Säuberungen festigte (des «Titoisten» Patrascanu 1948, hingerichtet 1954, der Gruppe Anna Pauker-Luca 1952 und einer weiteren «Antiparteigruppe» im Politbüro 1957).

Geboren im November 1901 in Barlad. Eisenbahnarbeiter in Galati. 1931 wegen Organisierung einer Lohnforderungskundgebung nach Dej verschickt, wo er im selben Jahr der KP beitritt. 1932 Sekretär eines illegalen Aktionskomitees von Eisenbahnarbeitern (von da an fügte er dem Namen das Wort «Dej» zu). 1933 in Zusammenhang mit einem Eisenbahnerstreik verhaftet und zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Laut kommunistischer Version 1944 ausgebrochen, um den Aufruhr gegen die faschistische Diktatur zu führen. Wahrscheinlich aber auf Grund einer Amnestie freigelassen, die auf König Michaels Staatsstreich vom 13. August 1944 erfolgte (die effektive Hilfe der kommunistischen Minderheit bei der Befreiung von der faschistischen Diktatur war gering).

Erhält im November 1944 einen Ministerposten. Ein Jahr später, nachdem die Kommunisten mit Hilfe der Roten Armee die Kontrolle des Landes an sich gebracht hatten, wird er Sekretär der rumänischen KP.

1946 zum Wirtschaftsminister ernannt. Im Februar 1948 erfolgt die endgültige Liquidierung der politischen Opposition durch Einverleibung des sozialdemokratischen Restbestandes in die KP, die sich von da an Rumänische Arbeiterpartei nennt. Gheorghiu-Dej wird als Generalsekretär bestätigt und ins Politbüro berufen. Im April 1948 Erster stellvertretender Ministerpräsident mit Portfeuille für Volkswirtschaft. 1948 und 1949 auch Präsident der staatlichen Planungskommission. 1950 Gründungsmitglied des KP-Organisationsbüros. Machtkampf mit der Pauker-Luka-Gruppe, die er 1952 aus Politbüro und Partei säubert. 1952 Ministerpräsident. Zieht sich nach Stalins Tod (1953) vom Posten des KP-Generalsekretärs zurück, nimmt ihn aber nach Chruschtschews Machtergreifung (womit das Malenkowsche Prinzip der tatsächlichen Machtverteilung innerhalb der «kollektiven Führung» aus ist) wieder an sich (1955) und verzichtet dafür auf das machtmässig unerheblichere Amt des Regierungschefs. In den folgenden Jahren u. a. mehrere Reisen in die UdSSR und China. Macht die (erste) Entstalinisierung in den Satelliten nach dem 22. Kongress der KPdSU 1956 nicht mit. Seine Einstellung heute dürfte die gleiche sein (zu besiegten Stalinisten hat er die Gruppe Pauker erklärt, obwohl die damalige Auseinandersetzun. zu einer Zeit stattfand, als er sich rückhaltlos zu Stalin bekannte wie jedermann). Wird 1961 Vorsitzender des neugebildeten Staatsrates, womit er praktisch auch die Funktion des Staatspräsidenten ausübt. Geschieden. zwei Kinder.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 14. Februar 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Fortsetzung von Seite 1

werden muss. Sodann möchten wir am Institut selber die Spezialausbildung von Kadern aus den Entwicklungsgebieten vornehmen. Es wird unumgänglich sein, dass den im Ostblock ausgebildeten Funktionären endlich Experten gegenübergestellt werden, die ihre politische Fachkenntnis im Westen erhalten haben. Und endlich möchten wir das besondere Studium der Entwicklungsprobleme in wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht ausbauen. Dazu benötigen wir Fachleute. Nicht vergessen sei unser Wille, die Hilfsaktion gegenüber den vom Totalitarismus verfolgten Menschen, wie sie mit der Berliner-Kinder-Aktion einen so erfreulichen Anfang nahm, weiterzuführen.

Der späteren Verwirklichung bleiben Pläne vorbehalten wie die Herausgabe einer Wochenzeitung in französisch und italienisch, da die Aufklärung in diesen Sprachbereichen durchaus notwendig ist; eine bessere Berichterstattung über die Vorgänge in der westlichen Welt, da die kommunistische Infiltration zunimmt; das Hineintragen von sachlichen Informationen in den kommunistischen Machtbereich, da dies die einzige Rechtfertigung kultureller Kontakte ist; die Förderung der staatsbürgerlichen Ausbildung unserer Jugend, da Einsatzfähigkeit die wichtigste Voraussetzung für die Sicherung der Freiheit ist.

Grosse Hoffnungen legen wir in unseren Freundeskreis, dem jeder beitreten kann, der gewillt ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten ein zusätzliches Opfer zu bringen. Bereits haben sich in Thun, in Zürich und im Kanton Graubünden unsere Freunde zu Vereinigungen zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist es, die Notwendigkeit einer persönlichen Entscheidung an jeden Staatsbürger heranzutragen. Weitere solcher Vereinigungen stehen unmittelbar vor der Gründung. Sie sind alle selbständig und unabhängig, überkonfessionell und überparteilich. Beim Kampf für die Freiheit geht es ja um eine Frage, die nur unter engem Schulterschluss aller nichtkommunistischen Kreise gelöst werden kann. Konfessionelle und parteipolitische Differenzen, die sich auf die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus auswirken, sind unnötig und gefährlich. Im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit müssen solche Differenzen rasch bereinigt werden.

Je gefährdeter die Schweiz ist, desto besser geht es der Neuen Helvetischen Gesellschaft, hat einmal William Rappard gesagt. Das gilt in gewissem Sinne auch von unserem Institut. Die ungünstige Entwicklung der internationalen Lage hat uns Unterstützung gesichert. Da aber dieses Institut keinem Selbstzweck dient, bleibt unser Ziel allein die erfolgreiche Bekämpfung der kommunistischen Gefahr. Bis zur Ueberwindung des Totalitarismus benötigen wir jedoch alle Unterstützung, die wir erhalten können. Sa.

Der Schnappschuss

Wenn sowjetische Geschichtsschreiber den Wind der Entstalinisierung spüren ... Der Akademiker Schukow schreibt in der massgebenden historischen Zeitschrift «Woprosi Istorii»:

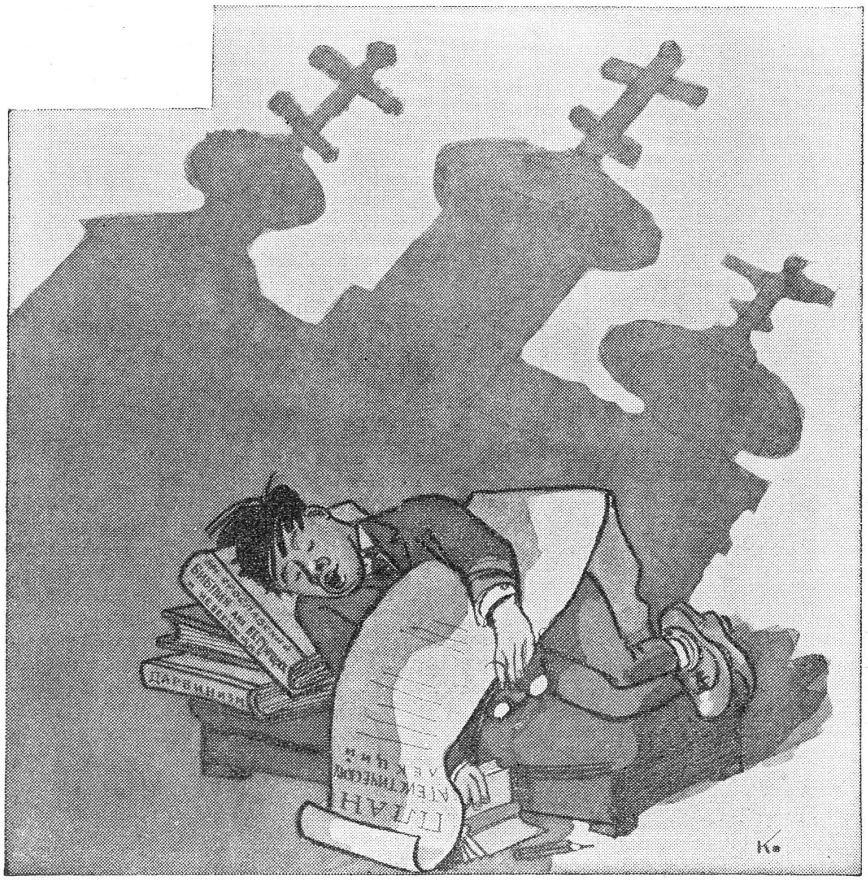
Das grösste Uebel lag darin, dass einige Historiker alle durch das zaristische Russland geführten Kriege als gerechtfertigt ansahen. Durch die Gleichsetzung von sowjetischem mit zaristischem Patriotismus vergassen sie die Prinzipien des Leninismus.

Im Schatten

der Kirche lassen sich wissenschaftliche Erkenntnisse gut verschlafen. Das ist der Sinn dieser Karikatur, welche die Titelseite der letzten «Krokodil»-Nummer einnimmt. Der ruhende Bürger hält in seiner schlaffen Hand den atheistischen Vorlesungsplan, sein Haupt liegt auf antireligiösen Standardwerken, wie Jaroslawskijs «Atheistenbibel» der dreissiger Jahre oder Werken über den Darwinismus. Aber das hindert ihn nicht, in der Dunkelheit der Kirche hinzudösen.

Die an so prominenter Stelle veröffentlichte Zeichnung ist für zwei Dinge typisch: Einmal für die jetzt wieder auf Hochtouren laufende Kampagne gegen den religiösen Glauben und dann für ihre relative Erfolglosigkeit.

Der stetige Kampf gegen die Religion hat im kommunistischen Machtraum immer betonte neben unbetonten Perioden und immer bestimmte Hauptstossrichtungen. Beides hängt von taktischen Erwägungen ab, von der Opportunität dieser oder jener Haltung vor der Welt, vom Verhalten der Bevölkerung im eigenen Land. Gegenwärtig wird vor allem der jüdische Glaube als «reaktionärer Zionismus im Dienste des Imperialismus» angegriffen, was mit der Aktion gegen die israelische «Spionagetätigkeit» zusammenhängt, ebenso anscheinend mit einer allgemeinen Welle von Antisemitismus, auf deren Vorhandensein trotz aller Dementis Adschubeis verschiedene Indizien schliessen lassen (Presseartikel, zahlreiche Verurteilungen von Juden).

Gleichzeitig dauert aber die besondere Befehdung der Sekten an, die im letzten Herbst mit grösster Vehemenz aufgenommen wurde. Und schliesslich ist auch die Propaganda gegen die Religion überhaupt intensiviert worden. Warum, das zeigt ein kürzlich in der «Komsomolskaja Prawda» veröffentlichter Artikel über die «Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes gegen die Religion». Dort gibt der Verfasser, der Apostat Osipow (ehemaliger orthodoxer Priester) zu, dass nach wie vor zahlreiche Kinder getauft würden, wobei oft die Eltern noch der kommunistischen Jugendorganisation des Komsomols angehören. Zitiert werden namentlich zwei Fälle, die sogar Komsomol-Sekretäre betrafen. Ferner wird das Beispiel einer Kolchose angeführt, wo sich sechs Ehepaare, die dem Komsomol angehörten, kirchlich trauen liessen.

Alle diese jungen Leute sind in einer völlig atheistischen Gesellschaftsform aufgewachsen, ihre Erziehung in Schule und Jugendorganisation war atheistisch. Die vielen gewaltsamen Schliessungen von Kirchen (besonders im Baltikum), die sich häufenden Verurteilungen von Priestern und Gläubigen unter fadenscheinigen Vorwänden (namentlich in den zentralasiatischen Republiken) zeigt die Reaktion der Partei auf ein Phänomen, das ihre «Wissenschaft» nicht begreifen kann.